

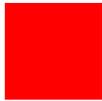


Fraktionsantrag	Vorlage-Nr: VO/2016/842	
Federführend: FB 1 Zentrale Dienste	Status: öffentlich Datum: 18.04.2016 Ansprechpartner/in: Schmedtje, Martin Bearbeiter/in: Schmedtje, Martin	
1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016; hier: Antrag der SPD Fraktion vom 18.04.2016		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Hauptausschuss	Beratung

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: Entfällt

2. Sachverhalt:

Der Sachverhalt ergibt sich aus dem beigefügten Antrag der SPD Fraktion vom 18.04.2016.



Sozialdemokratische Partei Deutschland
Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde

Dr. Kai Dolgner
- Fraktionsvorsitzender -

An den
Vorsitzenden des Hauptausschusses
des Kreises Rendsburg-Eckernförde
Herrn Hollmann
- im Hause - (und per Mail)
- sowie Kreisverwaltung, Herrn Schmedtje

Rendsburg, 18.04.2016

Hauptausschusssitzung am 21.04.2016, hier TOP 6.1, Haushaltsangelegenheiten

Sehr geehrter Herr Hollmann,

zur Sitzung des HA am 21.4.2016 stelle ich namens der SPD-Kreistagsfraktion folgenden Antrag zu TOP 6.1 Haushaltsangelegenheiten:

Der HA beauftragt die Verwaltung mit der Aufstellung einer 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2016, in die für eine neue Ausgabeposition "Erstellung eines Kreiskonzeptes zum Umgang mit Migranten (Nationaler Integrationsplan) ein Betrag von 40.000 € eingestellt wird.

Der Haushaltstitel zur Integration von Flüchtlingen wird um 100.000 € für Projekte zur Sprachförderung erhöht.

Der HA empfiehlt dem Kreistag für seine Sitzung am 13.6.2016, der 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2016 zuzustimmen.

Begründung:

Der Haushaltstitel zur Integration von Flüchtlingen ist laut Kreistagsbeschluss für konkrete Maßnahmen zur Integration wie Sprachförderung (bis zu 35 T €), für Bildungsprojekte des Nordkollegs (bis zu 150 T €) sowie für Integrationsprojekte unter dem Aspekt der Förderung von geflohenen Frauen und der Gleichstellung vorgesehen. Die Förderung der Erstellung eines Kreiskonzeptes zum Umgang mit Migranten (Nationaler Integrationsplan) kann zwar konkrete Maßnahmen zur Folge haben, ist aber selbst kein konkretes Projekt und leistet auch keinen Beitrag zur sofortiger Hilfe, da die Erstellung ein Jahr in Anspruch nehmen soll. Da aber ein solches Konzept mittelfristig durchaus Sinn haben kann, beantragen wir einen entsprechenden Haushaltstitel.

Das Erlernen der Sprache ist die Grundvoraussetzung, die eine Integration überhaupt erst ermöglicht. Projekte zur Sprachförderung sollten daher sofort erfolgen, spätestens ab Zuweisung in die Gemeinden. Die beantragten Fördermittel übersteigen bei weitem den vorgesehenen Haushaltsansatz und sie zeigen, dass diese Aufgabe vor Ort ernst genommen wird und Vorrang genießt.

Wir beantragen daher eine Aufstockung des Haushaltsansatzes für Sprachförderung in Höhe von 100.000 €. Jede Investition, die hier unterlassen wird, wird gesellschaftliche Folgekosten auch für den Kreis in vielfacher Höhe bedeuten, deshalb gilt es, allen Zuwandernden das Erlernen unserer Sprache sofort zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

(Fraktionsvorsitzender)

